

PRESSEMITTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE 1/17

Berlin, den 12. April 2017

GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE FRÜHJAHR 2017

Aufschwung festigt sich trotz weltwirtschaftlicher Risiken

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nun schon im fünften Jahr eines moderaten Aufschwungs. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung nimmt allmählich zu, und die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten dürften mittlerweile die Normalauslastung leicht überschritten haben. Davon gehen die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrgutachten für die Bundesregierung aus. Die konjunkturelle Dynamik bleibt dabei im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen gering, auch weil der wenig schwankungsanfällige Konsum die Hauptantriebskraft ist. Einer stärkeren Kapazitätsanspannung wirkt zudem entgegen, dass die Nettozuwanderung das Produktionspotenzial erhöht. „Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 1,5 % (kalenderbereinigt 1,8 %) und im kommenden Jahr um 1,8 % zulegen. Die Arbeitslosenquote dürfte nach 6,1 % im Jahr 2016 auf 5,7 % im Jahr 2017 und 5,4 % im Jahr 2018 sinken“, so Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Nach einem Anstieg der Verbraucherpreise von nur 0,5 % im Jahr 2016 werden im Prognosezeitraum mit 1,8 % im Jahr 2017 und 1,7 % im Jahr 2018 wohl wieder merklich höhere Raten erreicht. Die öffentlichen Haushaltsüberschüsse gehen etwas zurück; das Finanzgebaren der öffentlichen Hand ist im laufenden Jahr leicht stimulierend und im kommenden Jahr konjunkturneutral ausgerichtet.



SENDESPERRFRIST

12. April 2017, 11:00 Uhr MESZ

PRESSEKONTAKT

Stefanie Müller
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

ANSPRECHPARTNER

Oliver Holtemöller
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

www.gemeinschaftsdiagnose.de

Tabelle

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Reales Bruttoinlandsprodukt						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,5	1,6	1,7	1,9	1,5	1,8
Erwerbstätige im Inland in 1 000 Personen	42 328	42 662	43 057	43 593	44 176	44 564
Arbeitslose in 1 000 Personen	2 950	2 898	2 795	2 691	2 521	2 424
Arbeitslosenquote BA ¹ in %	6,9	6,7	6,4	6,1	5,7	5,4
Verbraucherpreise ²						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,5	0,9	0,3	0,5	1,8	1,7
Lohnstückkosten ³						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,7	1,7	1,5	1,6	2,5	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ⁴						
in Mrd. Euro	-5,4	8,6	20,9	23,7	19,2	17,4
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-0,2	0,3	0,7	0,8	0,6	0,5
Leistungsbilanzsaldo						
in Mrd. Euro	190	218	260	261	251	257
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	6,7	7,5	8,6	8,3	7,8	7,7

¹ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – ² Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – ³ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ⁴ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2017 und 2018: Prognose der Institute.

Kurzfassung

Im Frühjahr 2017 expandiert die **Weltwirtschaft** recht kräftig. Die Konjunktur in den USA hat seit dem Sommer vergangenen Jahres an Schwung gewonnen, und sowohl der Euroraum als auch Japan sind schon länger in einem moderaten Aufschwung. Auch in China hat die wirtschaftliche Dynamik ab dem Frühjahr 2016 Fahrt aufgenommen, nicht zuletzt als Folge staatlicher Stimulierungsmaßnahmen.

Der **Preisanstieg** auf der Verbraucherebene hat sich in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zuletzt stark beschleunigt. Maßgeblich hierfür war, dass die Energiepreise deutlich höher ausfielen als ein Jahr zuvor. Die ohne Berücksichtigung der Energie- und Nahrungsmittelpreise berechneten Kernraten der Inflation befinden sich weiter auf moderaten Niveaus.

Die **Geldpolitik** in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften fächert sich weiter auf. Die US-Notenbank hat Mitte März ihren Leitzins angehoben, weitere Zinsschritte werden folgen. Für den Euroraum rechnen die Institute nicht mit Zinserhöhungen im Prognosezeitraum. Allerdings werden die Anleihekäufe im kommenden Jahr wohl nach und nach beendet werden.

Die konjunkturellen Wirkungen der **Finanzpolitik** auf die internationale Konjunktur dürften in diesem und im kommenden Jahr gering sein.

Alles in allem dürfte sich die Zuwachsrate der **Weltproduktion** in dem in diesem Gutachten berücksichtigten Länderkreis von 2,6 % im vergangenen Jahr auf 3,0 % im Jahr 2017 erhöhen. Für das Jahr 2018 wird eine Zuwachsrate von 2,9 % prognostiziert

Die **Unsicherheit über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** ist erheblich. So sind die Vorhaben der neuen US-Regierung und ihre Wirkung auf die Weltwirtschaft unklar. Zum einen könnte der finanzpolitische Impuls in den USA deutlich größer ausfallen als in der Prognose unterstellt. Zum anderen verfolgt die US-Regierung eine protektionistische Agenda, deren Umsetzung negativ auf Welthandel und Weltproduktion wirken würde. Auch in Europa sind die politischen Entwicklungen und ihre Auswirkungen schwer einzuschätzen, so etwa der Gang der Verhandlungen über den Brexit.

Die **deutsche Wirtschaft** befindet sich nun schon im fünften Jahr eines moderaten Aufschwungs. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung nimmt allmählich zu, die konjunkturelle Dynamik bleibt im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen aber gering. Hierzu trägt bei, dass die Auftriebskräfte bislang deutlich stärker von den Konsumausgaben herrühren, die erfahrungsgemäß geringere zyklische Ausschläge aufweisen als Investitionen und Außenhandel. Dass der konsumgetriebene Aufschwung zudem die industrielle Fertigung weniger stark stimuliert, ist einer der Gründe dafür, dass die Unternehmensinvestitionen bislang nur sehr verhalten ausgeweitet wurden.

Gleichwohl dürften die gesamtwirtschaftlichen **Produktionskapazitäten** mittlerweile die Normalauslastung leicht überschritten haben. Hierauf lassen

Schätzungen zur Produktionslücke und Umfragen unter Unternehmen zur Kapazitätsauslastung in der Industrie, in der Bauwirtschaft und in den Dienstleistungsbranchen schließen. Einer stärkeren Kapazitätsanspannung wirkt entgegen, dass die Nettozuwanderung das Produktionspotenzial erhöht.

Im ersten Quartal 2017 dürfte die deutsche Wirtschaft nochmals an Tempo zugelegt haben. Im Durchschnitt von Januar und Februar lag die Industrieproduktion deutlich über dem Niveau des Schlussquartals 2016, und die Bauwirtschaft ist nach den vorliegenden Daten außergewöhnlich kräftig in das Jahr gestartet. Alles in allem dürfte das **Bruttoinlandsprodukt** in diesem Jahr um 1,5 % und im nächsten Jahr um 1,8 % zulegen. Damit heben die Institute ihre Einschätzung vom vergangenen Herbst für den Konjunkturverlauf leicht an. Die Rate für das Jahr 2017 ist nur noch deshalb niedriger als die des Vorjahrs (1,9 %), weil drei Arbeitstage weniger zur Verfügung stehen. Arbeitstäglich bereinigt ergibt sich für das Jahr 2017 ein Zuwachs von 1,8 %. Das 68-Prozent-Prognoseintervall reicht für dieses Jahr von 0,8 % bis 2,2 % und für das kommende Jahr von -0,3 % bis 3,9 %.

Im Prognosezeitraum legen die **privaten Konsumausgaben** weniger stark zu. Dagegen gewinnen die Exporte etwas an Tempo. Hier schlagen sich das verbesserte weltwirtschaftliche Umfeld und die Abwertung des Euro nieder. Auch die Investitionstätigkeit dürfte wieder stärker zum Produktionszuwachs beitragen. Zu den Bauinvestitionen, die ähnlich wie im Vorjahr ausgeweitet werden, kommen nach und nach stärker expandierende Ausrüstungsinvestitionen hinzu, auch wenn die Zuwächse deutlich hinter dem Anstieg früherer Expansionsphasen zurückbleiben.

Die wirtschaftliche Entwicklung geht im Prognosezeitraum voraussichtlich weiterhin mit einer kräftigen **Beschäftigungsdynamik** einher. Die Arbeitslosenquote dürfte nach 6,1 % im Jahr 2016 auf 5,7 % im Jahr 2017 und 5,4 % im Jahr 2018 sinken.

Nach einem Anstieg der **Verbraucherpreise** von nur 0,5 % im vergangenen Jahr werden im Prognosezeitraum mit 1,8 % im Jahr 2017 und 1,7 % im Jahr 2018 wohl wieder merklich höhere Raten erreicht.

Der **Budgetüberschuss** dürfte sich nach einem Plus von 24 Mrd. Euro im vergangenen Jahr in diesem Jahr auf 19 Mrd. Euro (0,6 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) und im kommenden Jahr auf 17 Mrd. Euro (0,5 %) belaufen. Das Finanzgebaren der öffentlichen Hand ist im laufenden Jahr leicht stimulierend und im kommenden Jahr konjunkturneutral ausgerichtet.

Über den gesamten Prognosezeitraum bleibt die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ein Faktor, der die wirtschaftliche Aktivität hierzulande stärker stimulieren könnte als in dieser Prognose unterstellt. **Kräftiger als prognostiziert** könnte sich die deutsche Konjunktur auch entwickeln, falls es im Zuge der geldpolitischen Straffung in den USA zu einer weiteren Abwertung des Euro kommt.

Allerdings gehen von der US-Wirtschaftspolitik auch **Abwärtsrisiken** für Deutschland aus. Diese ergeben sich vor allem aus den Ankündigungen einer protektionistischeren Handelspolitik.

Die Unternehmensinvestitionen nehmen in Deutschland nach wie vor verhalten zu. Die inländischen Investitionen bleiben weit hinter der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis zurück, sodass Kapital in großem Umfang aus dem Land fließt; dies spiegelt der hohe Leistungsbilanzsaldo wider. Die **Wirtschaftspolitik** sollte die Rahmenbedingungen für private Investitionen im Inland verbessern. Die Abgabenbelastung steigt trendmäßig und beträgt mittlerweile mehr als 40 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt; auch aufgrund der progressiven Einkommensteuer wird sie weiter zunehmen. Mittelfristig wird die Alterung der Gesellschaft die Rentenversicherungsbeiträge in die Höhe treiben. Es ist höchste Zeit, dass die Wirtschaftspolitik stärker an der langen Frist ausgerichtet wird, den Anstieg der Abgabenbelastung begrenzt und durch Umschichtungen im Haushalt die investiven Ausgaben, vor allem im Bildungsbereich, stärkt.

Anlage

Langfassung des Gutachtens

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung festigt sich trotz weltwirtschaftlicher Risiken, Frühjahr 2017. Halle (Saale) 2017.

Die Langfassung des Gutachtens ist am 12. April 2017 ab 11:00 Uhr unter www.gemeinschaftsdiagnose.de/category/gutachten/ abrufbar.

Über die Gemeinschaftsdiagnose

Die Gemeinschaftsdiagnose wird zweimal im Jahr im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellt. Am Frühjahrsgutachten 2017 haben das DIW Berlin, das ifo Institut, das IfW, das IWH und das RWI mitgewirkt.

Wissenschaftliche Ansprechpartner

Dr. Ferdinand Fichtner
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)
Tel +49 30 89789 248
FFichtner@diw.de

Professor Dr. Timo Wollmershäuser
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
Tel +49 89 9224 1406
Wollmershaeuser@ifo.de

Professor Dr. Stefan Kooths
Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW)
Tel +49 341 8814 579 oder +49 30 2067 9664
Stefan.Kooths@ifw-kiel.de

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Professor Dr. Roland Döhrn
RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Tel +49 201 8149 262
Roland.Doehrn@rwi-essen.de